

1 Einführung

Vor 100 Jahren brachen die Imperien im östlichen Europa zusammen. Zwischen 1917 und 1923 verschwanden das Russische Reich, Österreich-Ungarn und das Osmanische Reich und wurden von Nationalstaaten abgelöst. Lange Zeit galten diese Reiche als Phänomene einer verblichenen Vormoderne. Im Zeitalter staatenübergreifender Verbände wie der EU ist das Interesse an ihnen aber neu erwacht. Deutlich wird, dass die Delegitimierung der Imperien zu den Strategien der Nationalstaaten gehörte, die die großen Reiche ablösen wollten. Nach außen hin mussten sich die Nationalstaaten legitimieren, indem sie ihr politisches Modell als historischen Fortschritt gegenüber den Imperien darstellten. Nach innen hin taten sie alles, um das Erbe der Imperien zu beseitigen. Denn alle Nationalstaaten im östlichen Europa sind durch Sezession von Imperien entstanden. Dies gilt auch für den Balkan, jene Region im Südosten Europas, die durch die jahrtausendealte Zugehörigkeit zu Imperien, vor allem dem Byzantinischen und dem Osmanischen Reich, definiert wird und auf die das Habsburgerreich von Norden her stark eingewirkt hat.

Das Ende der Imperien wurde in der Geschichtsforschung lange Zeit als Einschnitt empfunden. In jüngerer Zeit werden aber neue Fragen gestellt. Bedeutete das Verschwinden der Reiche, dass 1918/23 etwas grundlegend Neues begann? Handelt es sich wirklich um einen Bruch, eine Epochengrenze? Denn dies suggeriert die gängige Periodisierung der europäischen Geschichte. Oder waren Kontinuitäten nicht doch stärker, als es politische Akteure und viele Historiker wahrgenommen haben?

Die Deutung, die Bruch und Neuanfang zwischen Imperien und Nationalstaaten betont, ist nicht nur historisch, sondern auch politisch. Sie ist zu verstehen als Rechtfertigung der neuen nationalstaatlichen Ordnung, die den Balkan bis heute prägt. Genauso politisch ist aber auch das in den letzten zwei Jahrzehnten neuerwachte Interesse an Imperien und deren Erbe: Es spiegelt eine Gegenwart wider, in der supranationale und multiethnische Staatswesen nicht mehr von vornherein als vormodern und anachronistisch, sondern oftmals als erstrebenswertes Modell politischer Organisation angesehen werden, der Nationalstaat hingegen oftmals mit Misstrauen betrachtet wird.

Postimperial bedeutet in diesem Zusammenhang zweierlei: Zum einen bezeichnet es schlicht jene Epoche, die auf die Imperien folgte. Der Begriff kann also rein zeitlich verstanden werden. Sein wesentlicher Inhalt umschließt jedoch Phänomene, die aus der Zeit der Imperien in die neue Epoche der Nationalstaaten hineinragen und weiterdauern. Bis vor kurzem war das Interesse am imperialen Erbe gering. Wenn man sich dafür interessierte, ging es oft um kulturelle

Faktoren, die als Relikte historisiert und weniger als Elemente betrachtet wurden, die weiterhin Gesellschaften prägen, und sei es nur, dass sie abgelehnt und bekämpft werden. Dies lag auch daran, dass imperiales Erbe als tot empfunden wurde, abgestorben wie die Reiche, die es hervorgebracht hatten. Doch ist dieses Erbe vielfältiger und langlebiger als gemeinhin angenommen. Die folgende Aufzählung ist nicht vollständig. Auch werden in diesem Buch nicht alle Bereiche gleichermaßen behandelt. Sie vermittelt aber einen ersten Eindruck von der Fülle der Phänomene. Postimperiales Erbe setzt sich zusammen aus Menschen, die in den Imperien sozialisiert worden sind und Wertvorstellungen, soziokulturellen Habitus und Ideen weitergegeben, also über mehrere Generationen, wenn auch abgewandelt, am Leben gehalten haben; aus postimperialen Gruppen, die vor 1918 politisch, wirtschaftlich und soziokulturell dominant waren und unter den Bedingungen des Nationalstaates an den Rand gedrängt und Objekt von nationalstaatlichen Gewaltpolitiken wurden (Türken, Albaner, Ungarn, Deutsche, Russen, Juden); aber auch aus Institutionen und institutionellen Kulturen (Rechtstaatlichkeit, Bürokratisierung und Regelhaftigkeit von Verwaltungsabläufen, Entwicklung des Rechtswesens, Gewaltenteilung, Professionalisierung des Beamtenapparats, Erfassung von Territorium und Bewohnern in Gestalt von Steuerregistern, Katastern, Bevölkerungsstatistiken, moderner Kartographie); schließlich aus dem im Vergleich zu den Institutionen viel besser erforschten materiellen Erbe (von Sakralbauten bis hin zu Verwaltungsarchitektur und Kultureinrichtungen wie Universitäten, Theatern, Opernhäusern).

Die Forschung zu Imperien ist in den letzten zwei Jahrzehnten aufgeblüht und hat eine Fülle auch theoretischer Literatur hervorgebracht. Diese Ansätze zeigen insbesondere auf, dass sich die Imperien und die Nationalstaaten nicht als distinkte Epochen trennen lassen. Imperien waren nicht vornational und die Nationalstaaten ließen nicht alles Imperiale hinter sich. Gerade Ethnonationalismen waren ein Erbe der Imperien, ebenso eine neue Dimension zunehmend ethnisierte Gewalt. Der Erste Weltkrieg wirkte hier beschleunigend und auf die Imperien zersetzend. Nationale Logiken unterminierten die supranationale Struktur von Imperien, wenn lokale Bevölkerungsgruppen plötzlich von der militärischen und politischen Führung der Imperien als nationale Gegner definiert und verfolgt wurden oder wenn sich Imperien nationaler Kategorien bedienten, um ihre Kriegspolitik zu bestimmen. Imperiales und Nationales verschrankten sich in der extrem beschleunigten Gewaltdynamik des Kriegs. Die Erfahrung, aufgrund einer ethnischen Zugehörigkeit zum Objekt von Gewaltausübung geworden zu sein, teilten fast alle jener imperial beherrschten Gesellschaften des östlichen Europas, die sich nach 1918 in einem längeren Prozess zu postimperialen Formationen wandelten, der eben nur ereignisgeschichtlich schnell ablief, struktur- oder mentalitätsgeschichtlich teilweise bis in die Gegenwart noch nicht abgeschlossen ist.

Die nach 1918 entstandene Staatenwelt des Balkans definierte sich national. Die komplexen ethnischen und religiösen Strukturen, die die Imperien hinterlassen hatten, standen dem Streben nach ethnischer Homogenität entgegen. Diesen Gegensatz versuchten die Staaten des Balkans gewaltsam aufzulösen. Postimperiale Geschichte des Balkans ist daher in hohem Maße auch Gewaltgeschichte.

Und diese kennzeichnet dieses Buch. Es möchte zeigen, wie die Nationalstaaten in zwei Kriegsjahrzehnten (1912–1923, 1939–1949), einer kurzen Zwischenkriegszeit und unter den verschiedenen kommunistischen Systemen die Nivellierung und Homogenisierung multiethnischer und multireligiöser Gesellschaften verwirklichen wollten. Die kommunistische Epoche steht dabei nicht im Gegensatz zu den oftmals autoritären Nationalstaaten der Zwischenkriegszeit. Vielmehr bildet sie die zweite Stufe bei der Verdrängung von Menschen und Strukturen, die durch ihre Existenz an die Imperien erinnerten. Soziale Gruppen wie adelige Grundbesitzer, multiethnisches städtisches Bürgertum, aber auch ganze Volksgruppen wie Ungarn, Deutsche, Juden vor allem im ehemaligen Habsburgerreich, muslimische Albaner, Türken und Slawen im postosmanischen Raum standen dem Projekt der Kommunisten, einen *Neuen Menschen* zu schaffen, im Wege. Auch religiöse Vielfalt, ebenfalls ein Erbe der Imperien, behinderte die angestrebte Einebnung der Gesellschaft. Die in der marxistischen Theorie als *feudal* bezeichneten Menschen und Strukturen stammten am Balkan aus der langen Zeit der Imperien. Der *Klassenkampf* hatte am Balkan wie in anderen Teilen des östlichen Europas überdies oft auch einen nationalen Charakter, da der Klassenfeind nicht nur sozial, sondern häufig auch ethnisch der Andere war. Soziale und nationale Repressionen verbanden sich daher im kommunistischen Balkan. Der *Klassenkampf* setzte aber häufig nur fort, was die Nationalstaaten der Zwischenkriegszeit als nationales Erbe bekämpft hatten und was im Zweiten Weltkrieg faschistische Gruppen und ultranationalistische Militärregierungen in einer erneuten Phase entgrenzter Gewalt hatten vernichten wollen.

Die beiden Kriegsjahrzehnte, die Zwischenkriegszeit und die kommunistische Periode werden durch diese Kontinuität einer Gewaltgeschichte verbunden, in der es um radikale Beseitigung des imperialen Erbes ging, das wie ein Alb auf den Nationalstaaten zu lasten schien. Diese Gewaltgeschichte besaß mehrere Kulminationspunkte: die beiden Kriegsjahrzehnte sowie die 1980er und 1990er Jahre des 20. Jahrhunderts. Auch am Ende der kommunistischen Epoche richtete sich in Bulgarien und Jugoslawien die Gewalt gegen nachosmanische muslimische Gruppen, in Rumänien wandte sich das Regime gegen die Ungarn als größte aus dem Habsburgerreich hervorgegangene Gruppe. In allen Fällen standen die Objekte staatlicher Gewaltpolitiken dem Ziel einer sozial und national einheitlichen Gesellschaft entgegen.

Der Balkan steht mit dieser Geschichte im postimperialen Raum vom Baltikum bis in die arabische Welt nicht allein. Der Bruch mit dem imperialen Erbe war in Ostmitteleuropa (Polen, Tschechien, Ungarn) langfristig radikaler als am Balkan. Denn trotz aller Homogenisierungsbemühungen der Nationalstaaten sind am Balkan keine ethnisch kompakten Staaten entstanden wie in Tschechien oder auch in Anatolien, sondern das soziokulturelle Erbe der Imperien, so die ethnische und religiöse Vielfalt, hat sich, wenn auch ausgedünnt, vielerorts gehalten.

Alle Staaten des Balkans waren aus mindestens einem Imperium hervorgegangen, manche aber aus zwei oder sogar mehr Großreichen. Jugoslawien wurde 1918 aus posthabsburgischen und postosmanischen Gebieten um einen serbischen Kernstaat herum aufgebaut, der seinerseits erst 1878 seine Souveränität

vom Osmanischen Reich erlangte hatte. Rumänien wurde ebenfalls um einen seit 1878 vom Osmanischen Reich souveränen Zentralbereich durch die Vereinigung früher osmanischer, österreichisch-ungarischer und russischer Provinzen errichtet. Der Konflikt postimperialer Traditionen und Strukturen innerhalb dieser kompositen Nachfolgestaaten der Imperien gehört zu den bedeutendsten Themen einer Balkangeschichte des 20. Jahrhunderts. Übernommen ist der Begriff des Kompositen aus der Frühneuzeitforschung, die damit auf die verfassungsrechtliche Heterogenität vormoderner Staatswesen hinwies. In unserem Zusammenhang bezeichnet er die Zusammengesetztheit postimperialer Staaten aus Territorien mehrerer Imperien und die damit zusammenhängenden Integrationsprobleme.

Die postimperiale Dimension als Matrix für eine Balkangeschichte im Zeitalter der modernen Nationalstaaten zu verwenden, eröffnet neue Einsichten. Sie kann aber nicht als umfassendes neues Narrativ verstanden werden. Nicht alles, was in diesem Buch beschrieben wird, lässt sich auf das Postimperiale herunterbrechen. Daher kann es nicht darum gehen, eine postimperiale Kohärenz der Deutung zu erzwingen. Das Buch will die postimperiale Dimension aber benutzen, ungewohnte Perspektiven einzunehmen, Räume und Gruppen in den Vordergrund zu rücken, die in einer nationalstaatlichen und nationalhistoriographischen Logik am Rande stehen oder übergegangen werden. Dies bedeutet aber auch, gängige Pfade der Darstellung bisweilen zu verlassen.¹

Eine postimperiale Entflechtungsgeschichte

Das vorliegende Buch beschreibt den Balkan im 20. Jahrhundert auch als postimperiale Entflechtungsgeschichte. Mit wenigen Unterbrüchen hatten Imperien den Balkan über rund zwei Jahrtausende geprägt. Eine nationalstaatliche Organisation war nicht nur jung, sondern auch neu für die Region. 1918 stellt daher verfassungsgeschichtlich einen Bruch dar. Das Verschwinden der Imperien gehört zu den tiefsten Einschnitten in der politischen Geschichte der Region. Doch auch wenn die Imperien staatsrechtlich verschwanden, bedeutete dies nicht auch, dass mit einem Schlag ihr Erbe nicht mehr bestand.

Die Nationalstaaten des Balkans haben in unterschiedlicher Intensität versucht, das imperiale Erbe vergessen zu machen. Sie haben ehemals dominante Gruppen als Minderheiten marginalisiert, zur Abwanderung gedrängt, vertrieben und ermordet; sie haben unliebsame Bevölkerungsteile (Juden, Muslime, Roma) an den Rand gedrängt und massenhaft getötet oder aber versucht, sie durch Zwang zu assimilieren; sie haben massive Binnenkolonialisierungsprogramme in Gang gesetzt. Sie haben Verwaltungen vereinheitlicht, ihr Personal ersetzt oder umerzogen, historische Regionen zum (administrativen) Verschwinden gebracht, flächendeckend Ortsnamen ersetzt und historische Monamente beseitigt und urbane Strukturen radikal verändert. Sie haben postimperiale Religionsgruppen verfolgt und marginalisiert oder die Religion gleich ganz verboten. In neuen Ge-

schichts- und Gedächtniskulturen sollte alles, was an die Imperien erinnerte, herabgesetzt und idealerweise verschwiegen werden. Die Entflechtung des Nationalstaates von imperialem Erbe war in den neuen politischen Systemen Staatsrätson. Legitim konnte der Nationalstaat nur dann sein, wenn er sich als historischen Fortschritt gegenüber den Imperien darstellte.

Der Begriff der Entflechtung steht im Zusammenhang mit der Methode der Verflechtungsgeschichte (*histoire croisée*), die er indirekt aufgreift. Denn die Entflechtung ist trotz aller machtstaatlichen Bemühungen nicht vollständig gelungen, auch wenn postimperiale Stränge im Verlaufe des 20. Jahrhunderts immer schwächer wurden. Die Nationalstaaten unternahmen zwei große Anläufe zur Entflechtung: einmal unter den autoritären Regimen der Zwischenkriegszeit und dann mit viel umfassenderem Zugriff unter den kommunistischen Diktaturen. In beiden Fällen ging es um ethnische Homogenisierung und soziale Nivellierung.

Das 20. Jahrhundert ist im Balkan demnach ein postimperiales Saeculum: Nach den Imperien bedeutet aber nicht ohne Imperien. Vielmehr geht es darum nachzuzeichnen, in welchen Bereichen imperiales Erbe nachwirkte und wie sich dieses Erbe auf Politik, Gesellschaft und Kultur auswirkte, aber auch in Verwaltung, Wirtschaft und innerstaatlichen regionalen Unterschieden präsent war. Die Geschichte des postimperialen Balkans ist auch die Geschichte der Ausdünnung des imperialen Erbes. Die Ablösung vom imperialen Erbe wurde durch jene beiden Kriegsjahrzehnte geprägt (1912–1922, 1939–1949), durch welche sich der Balkan von anderen Teilen Europas unterschied: nämlich durch die Dauer der beiden Weltkriege, in denen radikale Homogenisierungsstrategien dem nationalstaatlichen Prinzip zum Durchbruch verhelfen sollten.

Eine Darstellung, die postimperiale Entflechtung und Ausdünnung einer multipel imperialen Region untersucht, läuft Gefahr, diesen Deutungsansatz zu überdehnen. Daher muss stets mitbedacht werden, inwiefern und wie weit dieser Zugang tragfähig ist. Mit anderen Worten: Es darf nicht verwischt werden, dass die Nationalstaaten nach 1918 die bestimmenden Akteure waren und daher auch einen Deutungsrahmen bieten. Entsprechend wurde Balkangeschichte oft als Addition von Nationalgeschichten geschrieben. Ein Buch, das sich als Geschichte einer historischen Großregion versteht, hat nationale Fallbeispiele zu vergleichen, aber auch Elemente herauszuarbeiten, die der Region als solches gemeinsam sind und es rechtfertigen, den Balkan als sinnvolle Deutungseinheit heranzuziehen.

Dazu werden verschiedene Methoden angewendet: Die Geschichte der beiden Kriegsjahrzehnte (1912–1923, 1939–1949), die von außerordentlicher politischer Komplexität gekennzeichnet ist, wird regional verschränkt analysiert, etwa durch den Vergleich von Besetzungsregimen. Strukturgeschichtliche Fragen wie jene nach Agrargesellschaften, Industrialisierung oder Religionspolitiken werden ebenfalls gesamtregional vergleichend angelegt. Der Frage nach regionalen Entwicklungsspezifika und der Einordnung regionaler Tendenzen dienen zeitliche Querschnitte besonders zu den Schlüsseljahren 1956, 1968 und 1989. Sie zeigen deutlich, wie der Balkan über die Grenzen der Machtblöcke hinweg im europäischen Vergleich eigene Wege ging – und warum der regionalgeschichtliche Zu-

gang einen hermeneutischen Mehrwert bietet. Sie belegen auch, dass bei allen nationalen Unterschieden die Balkanstaaten auch über die Grenzen der beiden Machtblöcke hinweg oft in ähnlichen politischen und soziokulturellen Rhythmen lebten. Eingenommen werden aber auch alternative Perspektiven, so der bewusste Blick von Peripherien. Diese können räumlich, aber auch gruppenbezogen sein: Dargestellt werden ehemalige Kerngebiete und Kerngruppen der Imperien, die nach 1918 marginalisiert wurden. Die Beschreibung postimperialer Gruppen wie Ungarn, Deutsche und Juden, aber auch Aromunen und Roma sowie postimperialer Regionen wie Makedonien oder Kosovo eröffnen von (neuen) Peripherien ungewohnte Einblicke in die Entwicklung des Balkans.

Nach 1945 wird das postimperiale Narrativ schwächer. Menschen und Institutionen aus dem Erbe der Imperien waren verschwunden oder hatten an Kraft und Sichtbarkeit verloren. Als Machtkonstellation blieb das imperiale Moment aber erhalten. Die Sowjetunion und die USA als neue Supermächte wirkten auch auf den Balkan ein. Die Machthaber in der Region wandten den Supermächten gegenüber Strategien der Subversion an, die nicht neu waren, sondern aus der langen Erfahrung regionaler Machthaber gegenüber dem scheinbar Überlegenen stammten. Sie entsprangen der Erfahrung, imperiale Ressourcen für regionale Zwecke zu gewinnen. Die Mühen der Supermächte mit ihren vermeintlichen Vasallen erinnern daher an die Schwierigkeiten besonders des Osmanischen Reichs, seine Peripherien zu kontrollieren.

Methodenprobleme und Forschungsstand

Postimperiale Geschichte einer Großregion, innerregionaler Vergleich und Bezüge zur Globalgeschichte des Balkans für die kommunistische Zeit sind Zugänge dieses Buches. Letztere Dimension kommt vor allem für die Zeit nach 1945 ins Spiel, als erstmals Balkanstaaten als außereuropäische Akteure in Erscheinung traten. Aus dem bisher Gesagten ist deutlich geworden, dass die Nationalstaaten wichtige Deutungskategorien darstellen, aber eben nicht die einzigen. Der Blick auf neue Grenzräume und innere Peripherien tritt dazu. Überwölbt wird dies von dem Versuch einer innerregionalen Verflechtungsgeschichte. Balkangeschichte ist nicht einfach die Addition von Nationalgeschichten. Sie muss mehr leisten: den konsequenten Strukturvergleich.

Doch dies ist leichter einzufordern als umzusetzen. Denn Forschung orientiert sich zumeist an nationalen Grenzen. In der Region sind komparative Ansätze schwach ausgeprägt. Inner- und außerhalb der Regionen werfen die Sprachhürden – kaum ein Historiker beherrscht alle Balkansprachen – bei der Einarbeitung gerade von Spezialuntersuchungen Schwierigkeiten auf. Viele Themen werden aktuell wieder oder neu entdeckt: etwa die Verwaltungsgeschichte oder postimperiale Einflussgruppen. Wer z. B. die Geschichte von Polizei, Geheimdiensten oder der Justiz vergleichen will, trifft auf ein nur partiell beackertes Forschungs-

feld; grenzüberschreitende Phänomene wie Schmuggel, Schleichhandel und Viehtrieb sind ebenfalls erst in Ansätzen bearbeitet. Die staatliche Durchdringung ländlicher Regionen steht als Forschungsthema erst in den Anfängen, so auch die Frage, wie nach 1918 die bäuerlichen Bevölkerungsmehrheiten Jugoslawiens und Rumäniens (Griechen und Serben hatten bereits Erfahrungen sammeln können) in der politischen Praxis in die neuen Systeme des allgemeinen Männerwahlrechts eingebunden wurden. In Rechnung zu stellen ist, dass sich die Forschung in den letzten drei Jahrzehnten stark auf die kommunistische Zeit konzentriert hat. Der Erste Weltkrieg trat vielen Historikern erst in den letzten vier bis fünf Jahren wieder ins Bewusstsein – dabei sind gerade die Balkanfronten verhältnismäßig wenig untersucht, ebenso die Besetzungsregime (in beiden Weltkriegen) nie systematisch verglichen worden. Hinzu kommen Unausgewogenheiten in der Themensetzung; der Zerfall Jugoslawiens hat im deutschen und englischen Sprachraum eine umfassende Auseinandersetzung mit Tito-Jugoslawien hervorgerufen, oft betrieben von nach Westen geflohenen Forschern aus Ex-Jugoslawien. Analoges zu anderen Staaten fehlt, weil etwa die Disziplin der Neogräzistik außerhalb Griechenlands stark philologisch ausgerichtet ist. Den Anschluss an europäische Theoriedebatten haben wichtige Teile der griechischen, bulgarischen, rumänischen, kroatischen und serbischen Forschung in den letzten Jahrzehnten erreicht, auch wenn wegen der Sprachbarriere viele Ergebnisse (zu Unrecht) außerhalb der jeweiligen Länder kaum zur Kenntnis genommen werden. In Albanien blieb diese Entwicklung weitgehend aus, ebenso in anderen kleineren Ländern wie in Montenegro, Kosovo oder Makedonien. Die vorliegende Darstellung stützt sich auf eine weit verstreute Forschung und möchte gerade Arbeiten in den Balkansprachen erschließen. Da sie aber nicht nur Synthese sein will, sondern in die Darstellung die genannten Konzepte einwebt, muss sie auch Grenzen aufzeigen, die der Forschungsstand bei aller punktuellen Überfülle an Bibliographie erzwingt.

Räumlich stehen in diesem Buch die Staaten Albanien, Bulgarien, Griechenland, Rumänien sowie Jugoslawien im Mittelpunkt, wobei die nach 1918 an Jugoslawien und Rumänien gelangten, zuvor österreichisch-ungarischen Gebiete wie Kroatien oder Siebenbürgen in einem balkanhistorischen Zusammenhang deswegen behandelt werden, weil die neuen Staaten ihren Machtenschwerpunkt im jeweiligen Südosten des Staates hatten, also in Serbien bzw. dem rumänischen Altreich (*Regat*) mit Zentrum in Bukarest. Ungarn hingegen schied durch seine Gebietsverluste aus einem balkanhistorischen Zusammenhang aus und wird daher nur am Rande behandelt; ungarische Minderheiten in den postimperialen Staaten, die von Belgrad und Bukarest aus regiert wurden, werden demgegenüber in die Analyse miteinbezogen.

Noch ein Wort zur Gewichtung des Materials. Die beiden Kriegsjahrzehnte sind ausführlich dargestellt, ebenso die Zwischenkriegszeit. Demgegenüber mag der Raum, der den vier Jahrzehnten zwischen 1945 und 1989 gilt, bescheiden erscheinen. Doch zerfällt das kurze 20. Jahrhundert weniger in zwei Hälften – vor und nach 1945 – als man denkt. Vieles, was im Kommunismus umgesetzt wurde, war bereits vor 1945 angelegt: von staatlicher Lenkung der Wirtschaft und nationaler Homogenisierung bis hin zu Führerkult und patrimonialer Herrschaft.

Auch dies ist eine eher ungewohnte Einsicht. Daher wird im ersten Teil grundgelegt, was für die Zeit nach 1945 die Analyse leiten wird.

Dank

Marina Cattarizza, Konrad Clewing, Idrit Idrizi, Aleksandar Jakir, Konrad Petrovszky, Robert Pichler, Cyrill Stieger und Ioannis Zelepos haben das Manuskript ganz oder in Teilen kritisch gegengelesen. Ich bin ihnen dafür sehr dankbar. Deutungen und Fehler liegen wie immer in der Verantwortung des Verfassers. Wien, am 31. März 2019

2 Das erste Kriegsjahrzehnt 1912–1923

Der Weg zum ersten Kriegsjahrzehnt

Das kurze 20. Jahrhundert am Balkan setzt ein mit dem Zusammenbruch der Imperien in einem Jahrzehnt brutal geführter Kriege. Das erste Kriegsjahrzehnt (hier in Abgrenzung zum zweiten von 1939 bis 1949) gehört zu den vielschichtigen Kapiteln der jüngeren Balkangeschichte. In ihm bündeln sich die konflikthafte Entwicklung der seit 1830 entstandenen Nationalstaaten auf ehemals osmanischem Gebiet und die Stellung des Balkans in der großen europäischen Kriegsphase 1914–1918. Zu Beginn dieser Phase (1912/13) versuchten die Balkanstaaten (Griechenland, Bulgarien, Serbien und Montenegro) zum ersten Mal, sich regionalpolitisch von den Großmächten zu lösen und in einem regionalen Bündnis eine neue territoriale Ordnung einzuführen. Unmittelbar darauf folgte die Zeit der bis dahin massivsten Präsenz der Großmächte in der Region durch militärische Interventionen und Besetzungen (1915–1918). Ende 1916 kontrollierte lediglich noch Bulgarien souverän sein Staatsgebiet. Serbien und Montenegro, Nord- und Mittelalbanien sowie Südrumänien waren von den *Mittelmächten* besetzt, Südalanien und Nordgriechenland von *Ententestreitkräften*, der Rest Griechenlands war durch die *Entente* in seiner Souveränität stark eingeschränkt. Beeindruckend war auch der erneute Umschwung ab Ende 1918: Rumänien und Serbien gingen als Sieger über die großen Imperien und mit enormen Gebietsgewinnen aus dem Ringen hervor. Das nationalstaatliche Prinzip schien zu triumphieren. Die Region teilte sich wie ganz Europa in Sieger und Verlierer.

Macht und Ohnmacht der jungen Staaten lagen in dem Kriegsjahrzehnt nahe beisammen. In der älteren Forschung der Nationalstaaten und vor allem den nationalen Erinnerungskulturen hat sich ein klares Bild von den Ereignissen und von deren Deutung herausgebildet. Es dient der Sinnstiftung und Legitimierung der neuen Staatenwelt und stellt den Nationalstaat als geschichtlichen Fortschritt im Vergleich zu den Imperien dar. Ihr Verschwinden wurde in älteren nationalhistoriographischen Darstellungen oft als Teil eines (teleo-)logischen Prozesses gedeutet und als Beweis ihres anachronistischen Charakters. In den regionalen Siegerstaaten wurde die Geschichte eines linearen Befreiungskampfes gegen Habsburger, Osmanen und Russen gezeichnet, getragen und geführt von Volkskollektiven unter aus dem Volke erwachsenen Führern. Nicht erst im Kommunismus wurde diese Lesart vertreten. Ausgeblendet wurde jegliche Ambivalenz. Dass Geschichte für die Zeitgenossen auch im Falle des Ersten Weltkriegs am Balkan ein offener Prozess war, kein Triumphmarsch, wird erst jüngst von einer kritischen Forschung herausgearbeitet. Dass nicht ein oft quasireligiös überhöht

ter Staat, sondern klar benennbare, oft parastaatliche Gruppen (wie Geheimorganisationen, etwa Offiziersbünde in Bulgarien, Serbien und Griechenland) maßgeblichen Einfluss auf politische Entwicklungen nahmen, passt ebenfalls nicht immer in das regionale Selbstbild moderner Machtstaaten.

Das erste Kriegsjahrzehnt band den Balkan militärisch und politisch stärker in die europäische Politik ein als je zuvor, nicht nur durch das gesteigerte Spannungsverhältnis zwischen dem Anspruch der Staaten, als eigenständige Machtsubjekte ohne die Großmächte regional zu handeln, und dem fortdauernden Interesse an außerregionalen Machtfaktoren. Die Art der Kriegsführung und die neuen Instrumente der Konfliktlösung machten die Region nicht etwa zu einem Sonderfall, sondern zum Modell für die großen Kriege und viele Massenverbrechen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die systematische Verfolgung der Zivilbevölkerung, staatlich durchgeführte Massenvertreibungen, die Vernichtung von Siedlungen und der erste Völkermord in räumlicher Nähe zu Europa (der vom Osmanischen Reich begangene Genozid an den Armeniern ab 1915) jeweils mit dem Ziel der ethnischen Homogenisierung von Territorien spielten sich am Balkan und in dessen kultureller Nachbarschaft (Anatolien) ab.

Nationalstaatsbildung auf ehemals osmanischem Gebiet

Wann die 1912 kulminierende Konfliktphase am Balkan begann, ist umstritten. Zahlreiche Konfliktlinien reichen weit in das 19. Jahrhundert zurück, so der Gegensatz zwischen Bulgaren und Griechen um Makedonien, zwischen Serben und Albanern um das Kosovo, Albanern und Griechen um Epirus. Griechenland und Serbien, die beiden ältesten Balkanstaaten, hatten schon in den 1840er Jahren nationale Expansionsprogramme entworfen. Die *Große Idee* stand für die Wiederaufrichtung des Byzantinischen Reichs in Gestalt eines neugriechischen Staates. Das serbische Nationalprogramm zielte zunächst vor allem auf das damals noch osmanische Bosnien und die ebenfalls osmanische Herzegowina, aber auch auf die Serben im österreichischen Kaiserstaat (vor allem in Südgarn und an der *Militärgrenze*, d.h. dem Grenzgebiet Kroatiens zu Bosnien). Ab 1878 verfolgte Bulgarien das Ziel, die Anfang desselben Jahres im *Vorfrieden von San Stefano* für einen künftigen bulgarischen Staat vorgesehenen – aber nie verwirklichten – Grenzen zu erreichen, in erster Linie Makedonien, aber auch Teile von Thrakien. Es ging also um die Aufteilung der europäischen Provinzen des Osmanischen Reichs. Das Imperium hatte seit 1839 eine Reformpolitik (*Tanzimat*) begonnen, die der Stärkung von Heer und Verwaltung diente und ab 1856 auch die Gleichbehandlung der jahrhundertelang diskriminierten Christen anstrebte, die am Balkan die Mehrheit der Bevölkerung stellten. Um 1900 musste jedoch der osmanische Versuch, moderne Staatlichkeit auch in traditionellen Randgebieten (vor allem den albanischen Siedlungsgebieten) geltend zu machen, als weitgehend gescheitert gelten. Die Einbindung der christlichen Bevölkerung blieb weitgehend auf dem Papier. In der Praxis widersetzten sich regionale muslimische Bevölkerungsgruppen jeder Veränderung. Entsprechend gering war die Loyalität der christlichen Bevölkerung gegenüber dem offenkundig reformunfähigen Impe-